

# Indonesien

## Die Revolution hat begonnen

Ein kurzer Einblick von Anna Schneider

Eine Publikation des  
Komitees für eine  
ArbeiterInneninternationale KAI/CWI

**SAV**

**SOV**

Sozialistische Alternative, SAV (Deutschland)  
Sozialistische Offensive Vorwärts, SOV (Österreich)



Preis: 2.5 DM/ öS 20.-

## Einleitung

In den letzten Monaten ist der Inselstaat Indonesien vom Urlaubsparadies in die Schlagzeilen der Weltpresse gelangt. Zuerst in die Wirtschaftsseiten, als aufgrund der Krise die Wirtschaft faktisch zusammenbrach, dann in die Außenpolitik, als eine monatelange Protestbewegung den Diktator Suharto letztlich zum Rücktritt zwang. Die 200 Millionen IndonesierInnen sehen sich aber nach wie vor mit enormen sozialen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert und es gibt noch immer keine demokratischen Rechte. Nach dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten 1989/90 posaunten die Propagandisten des Kapitals das „Ende der Geschichte“ von allen Dächern. Die Jugend und die ArbeiterInnen Indonesiens haben in diesen Wochen eine neue Seite im Buch der Geschichte der Unterdrückten und ihrer Befreiung aufgeschlagen.

Die vorliegende Broschüre gibt einen kurzen Überblick über die soziale und wirtschaftliche Lage Indonesiens, über die Hintergründe der Wirtschaftskrise und die Bewegung der letzten Monate. Ein Blick auf die Geschichte des Landes und auf die Perspektiven für die Zukunft versuchen, daß Bild abzurunden.

*Anna Schneider 5. Juni 1998*

## Inhalt:

<b>Die „Asiatische Grippe“ entfacht die Revolution</b>	<b>3</b>
<b>Ein Programm für den Kampf</b>	<b>14</b>
<b>Eine blutige Geschichte</b>	<b>15</b>
<b>Welche Revolution?</b>	<b>17</b>

## Die „Asiatische Grippe“ entfacht die Revolution!

Im letzten Jahrzehnt waren die Staaten in Südostasien zu Vorzeigemodellen geworden. Das starke Wachstum der „Tiger-Ökonomien“ sollte als Beweis dafür dienen, daß der Kapitalismus nach dem Zusammenbruch der planwirtschaftlichen, stalinistischen Staaten nicht nur übriggeblieben war, sondern für die Menschheit auch eine positive Zukunft zu bieten hatten.

Dieser Traum zerplatzte im Sommer 1997 wie eine Seifenblase, als in der gesamten Region eine Volkswirtschaft nach der anderen zusammenbrach und das im Oktober 1997 zu einem internationalen Börsenkrach führte. Hatte der US-Notenbankchef Greenspan ursprünglich noch von einer „heilsamen Korrektur gesprochen“, so dehnte sich die „Asiatische Grippe“ rasch auf die gesamte Weltwirtschaft aus.

Der Hintergrund dafür ist die ohnehin schwache Weltwirtschaft. Von einer soliden Basis kann bei einem Wachstum von nur 3 % in den USA, 1,5 % in Japan und 1,7 % in der EU kaum gesprochen werden. Lag das Wachstum der kapitalistischen Staaten in den 80ern bei schwachen 2,8 % pro Jahr so sank dieser Wert in den 90ern sogar noch auf 1,8 % ab. Im Vergleich zum Nachkriegsaufschwung (1950-73), als es Wachstumsraten von jährlich 4,5 % gab, sind diese Werte extrem niedrig. Es wird gemessen an dem was sich die Menschen leisten können, nicht daran, was sie brauchen - zu viel produziert. Der Kapitalismus befindet sich in einer Überkapazitäts- und Überproduktionskrise.

Auf dieser Grundlage bedeutet das weitere Schrumpfen der Märkte massive Probleme für die immer exportorientiertere und immer verflochtenere Weltwirtschaft. Denn in den impe-

rialistischen Ländern sinkt die Inlandsnachfrage wegen der Kürzungspolitik, in Südostasien wegen der Krise. Die Effekte der Krise in Südostasien bleiben also keineswegs auf die Region beschränkt sondern haben internationale Auswirkungen. (Siehe dazu die Broschüre „Weltwirtschaft am Abgrund?“)

Für die Staaten in Südostasien brachte die Krise eine drastische Abwertung der jeweiligen Währung, Fabriks- und Firmenschließungen, Bankenfusionen und einen Ausverkauf der nationalen Wirtschaft. Für die Menschen in diesen Ländern bedeutete das den Verlust von Millionen von Arbeitsplätzen, Inflation, sinkende Löhne und steigende Preise. In Indonesien führte die wirtschaftliche und soziale Krise auch zu einer Krise des politischen Systems. Die asiatische Krise wird ihre vollen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft erst noch entfalten. Aber sie hat bereits die indonesische Revolution entfacht!

### Das schwache Fundament der indonesischen Wirtschaft

Indonesien war seit dem 17. Jahrhundert holländische Kolonie. Im 19. Jahrhundert finanzierte sich die holländische herrschende Klasse zu einem großen Teil durch jenen Reichtum, der aus Indonesien herausgepreßt wurde. Das Archipel war v.a. wegen seiner Gewürze und diverser Agrarprodukte interessant, die indonesische Bevölkerung wurde auf Plantagen, aber auch in der Textilindustrie extrem ausgebeutet.

Auch nach der Unabhängigkeit blieb Indonesien ein wirtschaftlich abhängiges Land. Nachdem Suhartho mittels eines Militärputsches 1965 an die Macht gekommen war, begann er die Wirtschaft zu stabilisieren.

Ab Anfang der 70er Jahre konnte das Land ein starkes Wachstum verzeichnen, Suhartos

„New Order Regime“ brachte eine Schicht von Neureichen hervor („orang kaya baru“ - OKB) die die soziale Basis des Regimes bildeten.

Die Grundlage für das hohe Wirtschaftswachstum bildete einerseits Öl und Erdgas (Indonesien war der achtgrößte größte Erdölproduzent und konnte während des Ölbooms satte Profite einstreichen) und andererseits die Entwicklungshilfe.

### Wirtschaftswachstum

(pro Jahr):

1971-80: 7,7 %

1981-90: 5,5 %

1995: 7,2 %

1997: 5 %

1998: - 10 % (geschätzt)

Anfang der 70er Jahre kamen rund 30 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus dem Ölexport, 1991 waren es nur mehr 11 %. Einerseits sanken die Einnahmen durch den Ölpreisverfall, andererseits ging die Fördermenge zurück, sodaß Indonesien zur Jahrtausendwende wahrscheinlich Nettoölimporteur sein wird. Die Entwicklungshilfe, die ebenfalls einen großen Teil der Staatseinnahmen ausmachte (1973/74: 17,4 %, 1993/94: 15,3 %), kam nicht der Bevölkerung zugute, sondern floß - direkt oder indirekt - in die Taschen von Suhartos Familienclan und seiner Freunde.

Seit den 80er Jahren verzeichnete das Land einen Investitionsboom. Indonesien wurde interessant für ausländisches Kapital, das gerne bereit war darüber hinwegzusehen, daß Suharto mit blutiger Hand herrschte. Vor allem die ausländischen Direktinvestitionen verzeichneten eine starke Zunahme. Zwischen 1988 und 1992 gab es 1395 Projekte um 30,6 Milliarden Dollar - mehr als in den gesamten 20 Jahren davor. 1996 reihte der IWF Indonesien auf Platz 7 der wirtschaftlich aufstrebenden Länder.

Doch dieses Wirtschaftswachstum basierte weder auf dem Aufbau einer eigenständigen nationalen Wirtschaft noch auf einer entsprechend steigenden Nachfrage im eigenen Land. Außerdem ist das gesamte System durch und durch korrupt, also enorme Beträge in dunklen Kanälen versickerten. Daher kam es seit Beginn der 80er Jahre zu einer vermehrten Kreditaufnahme und damit zu einer rapide ansteigenden Staatsverschuldung. Anfang der 90er Jahre mußte bereits rund 1/4 der Staatsausgaben zur Bedienung der Gläubiger verwendet werden.

„Krismon“, die Krise des monetären (=Geld) Sektors, die zu einer Abwertung der nationalen Währung Rupiah um mehr als 80 % führte, wird 1998 zu einem Minuswachstum der Wirtschaft von (bis jetzt) geschätzten 10 % führen, die Inflation hat bereits 35 % erreicht, ein Anstieg auf bis zu 100 % wird befürchtet.

Mit Beginn der Krise in Südostasien, der Abwertung der Rupiah und damit der Verteuerung der Kredite (die in Dollar zu bezahlen sind) wurde die Privatwirtschaft (die Auslandschulden in der Höhe von rund 70 Milliarden Dollar hat) praktisch zahlungsunfähig. Der Staat, der ebenfalls Schulden von über 70 Milliarden Dollar im Ausland hat (davon werden 59 Milliarden bereits heuer fällig) denen aber nur geringe Reserven gegenüberstehen (Anfang des Jahres weniger als 10 Milliarden Dollar an Hartwährungsreserven) befindet sich vor dem Staatsbankrott.

### Der IWF „hilft“

Die enormen finanziellen Schwierigkeiten Indonesiens riefen den Internationalen Währungsfonds (IWF) auf den Plan. Der bot auch prompt Kredite in der Höhe von 43 Milliarden Dollar an, koppelte diese allerdings an eine Reihe von Bedingungen. Diese bein-

halten die Auflösung der vom Suharto-Clan beherrschten Monopole, eine „Bereinigung“ des Bankensektors, die Revision des Staatshaushaltes 1998/99 und Kürzungen bei den Staatsausgaben. Der IWF handelte mit diesen Bedingungen im Sinne der Imperialisten. Es ging keineswegs darum, Suharto etwas wegzunehmen, oder gar die Bewegung zu unterstützen, sondern der IWF verfolgt einzig das Ziel, die Bedingungen für das ausländische Kapital zu verbessern. Daher sollte die indonesische Wirtschaft für dieses weiter geöffnet werden. Vor allem die Kürzung der Staatsausgaben, die den Stop von Bauprojekten und die Reduzierung von staatlichen Preisstützungen beinhaltet, trifft die breite Masse der Bevölkerung hart. Suharto versuchte, dem IWF Zugeständnisse abzurufen und setzte dabei auf pseudo-antiimperialistische Rhetorik.

### **Die sozialen Auswirkungen der Krise**

Suharto hat das Land in den 32 Jahren seiner Herrschaft zum Selbstbedingungsland für sich, seine Familie und seine Freunde gemacht. So sind es in diesem 200 Millionen Staat heute rund 200 Menschen, die die Wirtschaft kontrollieren. Indonesien hat das, was man als „schiefe Einkommensverteilung“ bezeichnet - die wenigen Reichen sind sehr reich, die Masse der Armen verfügt über so gut wie nichts. Die 20 % reichsten Indonesier verfügen über die Hälfte des Einkommens, das ärmste Viertel nur über rund 5 %!

Seit Beginn der Krise im Sommer 1997 hat sich die Situation noch weiter verschlechtert. Millionen Indonesier leben unter der Armutsgrenze, die bei unter einem Dollar pro Tag angesiedelt ist - und täglich werden es mehr. Vor der Krise lag die Arbeitslosigkeit offiziell bei 12 %, seither sind weitere vier Millionen

### **Wäre eine Entwicklung zu einem gesunden kapitalistischen Land möglich gewesen?**

Diese Frage stellt sich in Zusammenhang mit sogenannten „3.Welt“ Staaten immer wieder. Liegt die Ursache für die Armut in diesen Ländern nur darin, daß „zufällig“ irgendein Herrscher nicht fähig und willens ist, die Wirtschaft aufzubauen, und sich stattdessen enorm bereichert? Wäre es also möglich, mit einer vernünftigen Regierung eine gesunde kapitalistische Wirtschaft aufzubauen, die für die breite Masse der Bevölkerung einen Lebensstandard bringt, der mit jenem Europas zumindestens vergleichbar ist?

Diese Staaten sind durchwegs ehemalige Kolonien, die immer noch in enormer Abhängigkeit von ihren ehemaligen Kolonialherren und anderer imperialistischer Staaten stehen. Sie werden von diesen als Rohstofflieferant und als verlängerte Werkbank ausgebeutet. Eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung dieser Staaten ist nicht bzw. nur bis zu einem bestimmten Level erwünscht. Sie sollen zwar als Absatzmärkte fungieren, dürfen aber nicht zur Konkurrenz für die eigenen, imperialistischen, Waren werden. Eine unabhängige, nationale Kapitalistenklasse kann sich nicht entwickeln, da die herrschende Klasse in diesen Staaten aufgrund der historischen Entwicklung eng mit der herrschenden Klasse der imperialistischen Staaten verbunden ist. Ausnahmen, wie z.B. Südkorea, daß von einem wirtschaftlich völlig unterentwickelten Land zu einer Industrienation wurde, waren nur mittels massiver Hilfe durch die USA möglich, daß aus politischen Gründen eine Bastion gegen Nordkorea errichten wollte.

Arbeitsplätze verloren gegangen. In den Städten hat sich die Arbeitslosigkeit seit Juli 1997 verdoppelt. Diese „neuen“ Arbeitslosen kommen zu jenen rund 35 Millionen Indonesiern hinzu, die bereits vor einem Jahr „unterbeschäftigt“ waren (wer mehr als 3 Stunden pro Woche arbeitet gilt als Beschäftigt), also weniger Arbeit bekamen, als sie brauchen. Konnten diese früher z.B. nach Malaysia und Saudi Arabien ausweichen, und dort als „GastarbeiterInnen“ arbeiten, fällt diese Möglichkeit nun, da die gesamte Region in einer tiefen Krise steckt, weg.

### **Einkommenssituation:**

Durch die Wirtschaftskrise ist das durchschnittliche pro-Kopf-Einkommen von 1000 \$ auf 300 \$ abgefallen. Der Mindestlohn liegt bei 5700 Rupiahs, das ist weniger als ein Dollar. Dieser Betrag wurde trotz der starken Abwertung der Rupiah und dem starken Preisanstieg seit Juli 1997 nicht angehoben. Es gibt allerdings auch Frauen, die für die Arbeit auf den Reisfeldern gerade 1500 Rupiahs plus eine Mahlzeit am Tag erhalten. Zum Preisvergleich: Eine Dose Kondensmilch kostet etwa einen halben Dollar, die Fahrt mit der Stadtbahn einige hundert Rupiahs, eine Mahlzeit in einem „Schnellimbiss“ 2-4000 Rupiahs.

Gleichzeitig stiegen aber auch die Preise drastisch an - für Grundnahrungsmittel wie Reis und Speiseöl um rund 1/3. Anfang Mai kam es zur neuerlichen Preisexplosion. Auf Druck des IWF wurden eine Reihe von staatlichen Preisstützungen gestrichen bzw. reduziert. Dadurch wurde Benzin, auf das rund 60 % der Bevölkerung angewiesen sind, um mit ihren Motorroller z.B. zur Arbeit zu kommen, um 71

% teurer. Das war der Auslöser für neuerliche Proteste.

Ein soziales Netz gibt es in Indonesien nicht. Das nationale Gesundheitswesen z.B. ist zwar frei, der Transport und die Medikamente müssen aber selbst bezahlt werden, wodurch das Ganze für große Teile der Bevölkerung unerschwinglich wird. Selbst der Mittelstand klagt nun in der Krise darüber, sich viele notwendige Operationen nicht leisten zu können. Entsprechend hoch sind dadurch auch die Säuglingssterblichkeit (7,1 %) und die Kindersterblichkeit (11,1 %). Krankheiten wie Malaria stellen immer noch ein Problem für große Teile der Bevölkerung dar.

### **Die StudentInnen beginnen den Kampf**

Die ökonomische und politische Krise führte in Indonesien auch zu einer politischen Krise. Suharto saß solange fest im Sattel, solange die Wirtschaft Wachstum verzeichnen konnte, mit dem Zusammenbruch im Sommer 1997 wurde aber auch der Anfang vom Ende seiner Herrschaft eingeläutet. 1997 war es bereits zu Unruhen gekommen, über die Insel Flores wurde vorübergehend der Ausnahmezustand verhängt. Mit Februar 1998 brach eine immer breiter und immer politischer werdende Protestbewegung los, die ihren Anfang und ihr Zentrum in den Universitäten hatte.

Die StudentInnen gehören zur Elite und stammen aus reichen Familien sowie dem Militär. Trotzdem gibt es unter ihnen doch viele, die die Herrschenden sozialen und politischen Umstände nicht mehr hinnehmen wollen. Wie in vielen anderen asiatischen Staaten hat es auch in Indonesien Tradition, daß die StudentInnen am Beginn jener Bewegungen stehen, die auch für die Masse der Unterdrückten und Ausgebeuteten geführt werden.

1974 waren bis zu einer Million Menschen an StudentInnenprotesten beteiligt, der Staat reagierte darauf u.a. mit dem „Malaril“-Gesetz, daß jegliche politische Betätigung auf den Universitäten untersagte. Anfang 1998, als die Proteste der StudentInnen begannen, wurde das Gesetz allerdings ins Gegenteil verkehrt - Demonstrationen waren nun ausschließlich auf dem Campus erlaubt. Es war dies ein Versuch des Regimes, die Bewegung zu isolieren. Suharto hoffte, die Bewegung würde von selbst einschlafen, die StudentInnen des Demonstrierens müde werden.

### Die Bewegung weltet sich aus

Die Bewegung wurde aber immer stärker, intensiver, politischer und weitete sich auf andere Teile der Bevölkerung aus. Hatte sie als Protest gegen die verheerenden sozialen Auswirkungen der Wirtschaftskrise, und hier vor allem die massiven Preissteigerungen, gegen „korupsi, kollusi, nepotisma“ begonnen, so wurde sie rasch zu einer politischen Bewegung die „reformasi“ aber auch „revolutsi“ forderte. Aus „Down with the prices!“ wurde rasch „Down with the prices! Down with Suharto!“ Neben sozialen Forderungen wurden eine Reihe von politischen Veränderungen gefordert die v.a. eine Reihe demokratischer Rechte beinhalteten.

Mitte Mai versuchte das Militär noch einmal, die Bewegung mittels eines „Dialoges“ unter

Kontrolle zu bringen. Zu dem Treffen am 18. April kamen aber nur wenige, die aktivsten und kämpferischsten StudentInnen boykottierten es. Gleichzeitig organisierten diese ein Treffen mit rund 3000 VertreterInnen der wichtigsten Universitäten Javas um die nächsten Schritte des Kampfes zu diskutieren und zu planen.

#### Das Bildungswesen:

Die Schule beginnt mit dem siebenten Lebensjahr mit einer sechs jährigen Grundschule. Dann gibt es jeweils drei Jahre Mittel- und drei Jahre Oberschule. Die Hochschule, die allerdings wegen der hohen Studiengebühren nur für 1 % zugänglich ist, dauert insgesamt fünf Jahre.

Die rund 300 Universitäten sind teilweise staatlich, größtenteils aber privat und hier religiös (v.a. islamisch und christlich).

Die Analphabetenrate liegt offiziell bei 16 %, inoffizielle Werte sind wesentlich höher. Kinderarbeit ist keine Seltenheit.

Den StudentInnen war die Beschränktheit ihrer Möglichkeiten bewußt und sie versuchten, die Bewegung auszuweiten. Sie fuhren zwischen den Universitäten hin und her und begannen, ein Netzwerk aufzubauen. Sie versuchten, aus dem Campus herauszukommen bzw. andere Bevölkerungsschichten zu ihren Demonstrationen auf dem Campus zu mobili-

#### Wie organisieren sich die StudentInnen?

Neben den offiziellen Strukturen, den Senaten, bilden sich auf den Universitäten rasch unabhängige Strukturen, die sich häufig „Komitees“ nennen. In ihnen sind die kämpferischsten und aktivsten StudentInnen organisiert. Die Hauptquartiere des Widerstandes - teilweise auf den Unis, teilweise auf einzelnen Fakultäten - heißen „Posko“, hier sitzen die StudentInnen tage- und nächtelang zusammen und diskutieren über die nächsten Schritte des Kampfes aber auch über Strategie und Taktik. Von hier werden auch die „Workers Organiser“ losgeschickt, die zu den ArbeiterInnen gehen, um den Kampf zu verbreitern.

sieren. Die Polizei tat alles, um die Ausweitung der verhindern. Vor den Demonstrationen wurde die ganze Umgebung systematisch abgesperrt, damit möglichst wenig Menschen sehen konnten, was tatsächlich geschieht. Trotzdem stieg der Anteil der Nicht-StudentInnen an den Demonstrationen stetig an - in Solo (Ostjava) waren z.B. im April bereits rund 1/3 der TeilnehmerInnen keine StudentInnen. Es kamen Hausfrauen, Busfahrer, Straßensänger, die wegen ihrer kritischen Lieder vom Regime verfolgt werden, die „Urban Poor“ (die arme städtische Bevölkerung, die von der Hand in den Mund lebt und sich mittels Straßenverkauf und Kleinkriminalität über Wasser hält) und zunehmend auch ArbeiterInnen. In der Industriestadt Surabaya in Ostjava, die 1994 durch die Streikbewegung der TextilarbeiterInnen bekannt geworden war, kam am 20. April eine Delegation von ArbeiterInnen zur Demonstration der Dr. Soetomo Universität. Am 1. Mai gab es Treffen zwischen StudentInnen und ArbeiterInnen in den Universitäten.

Bei dem Versuch, den Campus zu verlassen, kam es immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Die „polisi“ ist mit Schlagstöcken, Gummigeschoßen, Tränengas und auch mit scharfer Munition ausgerüstet, die StudentInnen mit Molotowcocktails und ihrem Haß auf das Regime.

Am 12. Mai eskalierten die Proteste, nachdem die Polizei bei einer Demonstration der Elite-Universität Trisaki in Jakarta mit scharfer Munition in die Menge gefeuert und mehrere StudentInnen ermordet hatte. Nach Angaben von StudentInnen aus Jakarta wurden 13 erschossen, 7 lebensgefährlich verletzt und 41 wurden tagelang nach der Demonstration immer noch vermißt. Sie wurden die „Opfer der Umgestaltung“.

### **Eine Demonstration in Jogjakarta**

Die Demonstration sprüht vor Lebendigkeit. Jede neue Delegation von einer anderen Fakultät oder Universität wird von den RednerInnen begrüßt. Als eine Gruppe von Hausfrauen auf den Campus kommt, um an der Demonstration teilzunehmen, füllt tosender Beifall den Platz vor dem Hauptgebäude der Gadjah Mada Universität. Die StudentInnen der philosophischen Fakultät tragen rote Stirnbänder. Einer erklärt mir: „Während des Hungerstreiks im Februar hatten wir weiße Stirnbänder. Weiß für Reinheit. Wir wollten zeigen, daß wir ganz normale Menschen sind, und das uns Suhartos Regime zu solchen Schritten zwingt. Aber dann haben wir das geändert. Nun tragen wir rote Stirnbänder - Rot ist die Farbe des Blutes. Denn nun leisten wir Widerstand!“

Es folgte ein Aufstand, der nur wenige Tage später zum Rücktritt Suhartos führte. Mehr als 500 Menschen starben in diesen Tagen, die von der Presse als „Chaos und Anarchie“ bezeichnet werden. Es kam zu Plünderungen, Brandstiftung und auch zu Pogromen gegen ChinesInnen. Häufig richteten sich die Übergriffe der Massen gegen das Eigentum von Vertretern der herrschenden Clique, zu denen auch Chinesen wie Lim Sie Liong, der einer der reichsten Männer Indonesiens ist, gehören. Ein Student aus Jakarta berichtet: „Ich möchte aber betonen, daß die Unruhen nicht rassistisch oder sektiererisch sind. Obwohl es richtig ist, daß die Menschen bei den Unruhen Autos, Häuser und Geschäfte anzünden die häufig Chinesen gehören, so spiegelt das die Wut der Menschen



über die Regierung wieder. Die Geschäfte von Chinesen werden angezündet, weil die soziale Kluft in der Gesellschaft immer größer wird.“ Der internationale Flughafen von Jakarta war in diesen Tagen überfüllt mit AusländerInnen, die das Land verlassen wollen. Auch die IWF-Berater, deren Bedingung, die staatliche Stützung für Benzin aufzuheben, einer der auslösenden Faktoren war, verlassen das Land fluchtartig.

Suharto versuchte noch, auf die Bewegung zu reagieren, und sein Kabinett umzubilden, aber zu spät. Als Ergebnis der anwachsenden und immer radikaler werdenden Proteste mußte Suharto schließlich am 20. Mai zurücktreten.

### **Neuer Präsident - Altes Regime**

Als letzten Akt seiner 32jährigen Herrschaft setzte der Diktator und Präsident Suharto seinen politischen Ziehsohn Habibie ein. Der 61jährige Bacharuddin Jusuf Habibie ist seit den 50er Jahren mit Suharto eng verbunden. Er kommt aus dem Verbund muslimischer Intellektueller (ICMI) der 1990 gegründet wurde, um Suharto zu unterstützen.

### **Aus Habibies Antrittsrede**

„Zum Schluß möchte ich einige Worte über Mr Suharto, der gerade seinen Rücktritt als Präsident bekanntgegeben hat, sagen. Als eine Nation die erhabene kulturelle Werte hochhält, werden wir die Dienste, die er der Republik erwiesen hat und seine Hingabe nicht vergessen, die unsere Republik nicht nur sicher durch die schwere Zeit von 1965 bis 1968 geführt hat, sondern auch den Erfolg der nationalen Entwicklung gesichert hat, so daß wir auf die Absprungbasis kamen und einen höheren Lebensstandard als vor drei Jahrzehnten erreichten...Daher möchte ich in meinem Namen, und im Namen der Regierung dem zweiten Präsidenten der Republik, Haji Mohamed Suharto, meine tiefste Dankbarkeit aussprechen.“

Habibie stellt keine wirkliche Veränderung dar sondern lediglich ein Zugeständnis des Regimes an die Bewegung, um dieser den

### **Rassismus gegen ChinesInnen**

Ein Element der Bewegung, daß in den letzten Monaten immer wieder in den Medien beschrieben wurde, waren die Übergriffe gegen ChinesInnen. Rund 3 % der Bevölkerung sind ChinesInnen, allerdings haben etwa 10 % chinesische Verwandte. Historisch wurden Chinesen von den holländischen Kolonialherren gefördert und damit zum Teil der herrschenden Klasse. Heute kontrollieren ChinesInnen einen großen Teil der Wirtschaft - manche Quellen sprechen von 2/3. Der Staat nimmt eine zwiespältige Haltung gegenüber den ChinesInnen ein. Einerseits gehören sie teilweise zur wirtschaftlichen Elite und sind eng mit dem Regime verbunden. Andererseits ist die Benützung der chinesischen Schrift weitgehend verboten, ebenso wie chinesische Bücher und Tageszeitungen. 1965 waren viele ChinesInnen unter den insgesamt 1,5 Millionen Opfern von Suhartos Machtübernahme - einfach deshalb weil sie ChinesInnen waren, und damit, nach Suhartos Logik „KommunistInnen“. Auch während seiner Herrschaft setzte er immer wieder auf „Teile und Herrsche“. Suhartos Schwiegersohn Prabowo, Chef der Eliteeinheit Kostrad, schürte in den letzten Monaten gezielt rassistische Tendenzen und Übergriffe, um vom Suharto-Clan abzulenken und damit auch ein „hartes Durchgreifen“ rechtfertigen zu können.

Wind aus den Segeln zu nehmen. Das neue Kabinett Habibie unterscheidet sich nur durch einige wenige Namen vom alten Kabinett Suharto. Aber da Suharto in den vergangenen Monaten auch zunehmend aus den eigenen Reihen - von ehemaligen führenden Militärs, aus der „Intelligenz“ und in seinen letzten Tagen sogar aus dem Parlament - zum Rücktritt aufgefordert worden war, schien es für ihn ratsam, zurückzutreten und mittels seiner Marionette Habibie zu versuchen, ökonomisch an der Macht zu bleiben. Die Jakarta Post zitiert Suharto: „Ich werde ein ‘pandito’ (ein Geist, ein Weiser)“ - er versucht aus dem Hintergrund weiter zu regieren.

### **Was bringt die Zukunft?**

Obwohl Habibie von keiner der gesellschaftlichen Gruppen wirklich unterstützt wird, und deshalb auch nur als Übergangslösung gilt, verbindet doch jede dieser Gruppen konkrete Erwartungen mit ihm. Das Militär hofft, ihn kontrollieren zu können, und somit weiterhin die Macht zu behalten. Der Westen hofft auf

eine Stabilisierung der Lage, um seine Investitionen zu sichern. Obwohl nicht klar ist, was die Zukunft bringen wird so kann doch eines gesagt werden: Habibie hat erstens kein Interesse an wirklich demokratischen Reformen und wird zweitens an der Ausbeutung der indonesischen Massen nichts ändern.

Habibie setzt auf geringe Zugeständnisse - wie die Entlassung einiger politischer Gefangener und der Ankündigung von Wahlen (wobei weder klar ist, wann diese stattfinden, noch wer wählen bzw. antreten darf) - um die herrschende Clique und ihre Privilegien zu retten.

Ein großer Unsicherheitsfaktor sind „ABRI“ die bewaffneten Kräfte. Diese setzen offensichtlich auf das neue Pferd und sind in Habibies Regierung verstärkt vertreten, der Flügel um Wiranto wurde gestärkt. Auch wenn dieser ebenso wie Habibie Repräsentanten des alten Systems sind, kann es in der nächsten Periode eine „Reformregierung“ geben, in der Personen mit größerer Glaubwürdigkeit vertreten sind. Aber auch wenn sich die Vertreter der herrschenden Klasse der noch bis vor kurzem unterdrückten prokapitalistischen

### **ABRI - die bewaffneten Kräfte des Staates**

Die bewaffneten Kräfte ABRI - Armee, Luftwaffe, Marine und Polizei - haben den General Suharto 1965 an die Macht gebracht. Sie haben in Indonesien ganz offiziell eine politische Rolle. Aufgrund der „Dwifungsi“, der Doppelfunktion, übernehmen sie auch Verwaltungsaufgaben. Jeder Militärkommandant überwacht die politischen Aktivitäten seiner Region. Zusätzlich haben ABRI auch eine aktive Rolle in der Wirtschaft und sind an diversen Firmen beteiligt. Die Profite dienen zur Abdeckung der „außerbudgetären Ausgaben von ABRI“. Insgesamt haben sie 5-600.000 Männer unter Waffen, darunter viele in den fünf Spezialeinheiten, Kostrad, Kopassus, den Militärkommandos von Jakarta, Siliwangi und Diponegoro. Indonesien verfügt damit über die stärkste Armee Südostasiens. Im Verhältnis zur Bevölkerung (200 Millionen) ist die indonesische Armee allerdings im internationalen Verhältnis relativ klein.

In der Armee gibt es zwei große Flügel. Einerseits die Hardliner um Suhartos Schwiegersohn Prabowo, bis vor kurzem Chef von Kostrad, von der „grünen Fraktion“ die auf den Islam setzen, den Rasismus schüren und für hartes Durchgreifen stehen. Von ihnen geht am ehesten die Gefahr eines Putsches aus. Andererseits die „rote-weiße“ Fraktion um Armeechef Wiranto, deren „Dialog“ mit den StudentInnen suchte, um die Lage zu deeskalieren.

Opposition zuwenden wird die wirtschaftlichen Kontrolle weiterhin in den Händen der (ehemaligen) herrschenden Elite liegen. Eine solche „demokratische“ Regierung würde zwar mittels kleiner demokratischer Zugeständnisse versuchen, die Bevölkerung ruhig zu halten. An der Ausbeutung, die durch die Wirtschaftskrise und den Druck des IWF noch erhöht wird, ändert das nichts.

### **Die bürgerliche Opposition**

Die zentrale Figur der bürgerlich-liberalen Opposition ist Amien Rais, der Kopf der rund 28 Millionen starken Muslimorganisation Muhammadiyah. Er war nicht an der Mobilisierung der Massenproteste gegen Suharto beteiligt und hat sogar teilweise versuchte

diese zu bremsen, wie bei den Protesten anlässlich von Suhartos „Wiederwahl“ im März. Bis kurz vor Suhartos Rücktritt gab er ihm noch sechs Monate „bis Oktober, um die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen“. Dann schwenkte er um und rief am 11. Mai öffentlich den Präsidenten auf, zurückzutreten. Nun präsentiert er sich als Oppositionsführer. Er ist nicht nur ein enger persönlicher Freund von Habibie, sondern hat auch enge Kontakte zu beiden Generälen - Wiranto und Prabowo. Rais ist nicht grundsätzlich gegen die herrschende Clique; am Tag, als Habibie Präsident wurde, bot er ihm dasselbe „sechs Monats-Ultimatum“ an. Aufgrund seiner klar pro-kapitalistischen Haltung und seiner „westlichen“ Orientierung wird er auch vom Westen favorisiert. Er wäre ein Garant, daß die Interessen des ausländi-

### **Die Demokratische Volkspartei PRD**

Die PRD ist eine junge, linke Partei die am 2. Mai 1994 gegründet wurde. Sie organisierte in ihren verschiedenen Teilorganisation ArbeiterInnen (PPBI), StudentInnen (SMID), BäuerInnen (STN) und KünstlerInnen (Jakar) sowie die „Urban Poor“, die Armen in den Städten. Die PRD war in der StudentInnenbewegung von 1995 und 1996 aktiv sowie in der Streikwelle in den selben Jahren. Nach den Angriffen des Staates auf das Hauptquartier der PDI, Megawatis Partei, und den darauf folgenden Zusammenstößen am 27. Juli 1996 bei denen die PRD sich an der Verteidigung der Parteizentrale der PDI beteiligte, wurde sie verboten.

Seither muß sie im Untergrund agieren, viele ihrer AnführerInnen wie der Vorsitzende Budiman Sujatmiko, die Gewerkschafterin Dita Sari, die am 8. Juli 1996 eine Demonstration mit 20.000 TextilarbeiterInnen in Surabaya anführte, und Andi Arief, Vorsitzender der StudentInnenorganisation SMID, der am 28. März 1998 entführt wurde, und erst Ende April wieder „auftauchte“, sind im Gefängnis. Viele der AktivistInnen stehen auf "schwarzen Listen" und werden verfolgt, viele sind einfach "verschwunden".

Die PRD unterstützt die PDI kritisch weil diese „die Hoffnungen der Menschen nach Veränderung und Demokratisierung durch das Parlament“ auf sich vereint. In ihren Dokumenten weiß die PRD die Klassifizierung durch den Staat als „kommunistisch“ zurück, wohl auch, weil dies in Indonesien einem Todesurteil gleichkommt. Ihr Programm umfaßt Formulierungen wie „für die Errichtung einer vollen Demokratie, einer mehrparteiigen, populären sozialen und demokratischen Gesellschaft in Indonesien“. Andererseits gibt es innerhalb der PRD wohl starke Sympathien für revolutionäre, für sozialistische Ideen. Dies spiegelt sich in einer Kritik des Kapitalismus an sich wieder. Die PRD hat eine Reihe demokratischer aber auch ökonomischer Forderungen wie jene nach einem Mindestlohn und dem Recht, sich frei zu organisieren.

schen Kapitals gewahrt bleiben. In einem Interview mit dem Far Eastern Economic Review erklärte er: „Ich sage es ohne Zweifel, daß der IWF die einzige Alternative ist“.

Eine weitere prominente Figur der Opposition ist Megawati Sukarnoputi, die Tochter des ersten Präsidenten Sukarno. Megawati ist die führende Vertreterin der Demokratischen Partei Indonesiens (PDI), wurde aber 1996 durch einen parteiinternen, vom Militär gelenkten Putsch als Vorsitzende abgesetzt. Sie hatte sich in der gesamten Bewegung sehr im Hintergrund gehalten, und erst nach der Ermordung der StudentInnen der Trisakti-Universität ihr Schweigen gebrochen. Sie appelliert v.a. im Namen der Staatsphilosophie Pancasila und von Gott, hat aber an Programmen wenig zu bieten. Auf die sozialen Fragen, auf die Probleme der von der Wirtschaftskrise hart getroffenen Massen, haben weder Rais noch Megawati eine Antwort.

### **Die linken Kräfte**

Nach der völligen Ausmerzung der PKI 1965 gab es lange Zeit so gut wie keine organisierten linken Kräfte in Indonesien. In den letzten Jahren haben sich aber in der 1994 gegründeten und 1996 verbotenen Demokratischen Volkspartei (PRD) AktivistInnen zusammengefunden, die sich selbst auch als SozialistInnen sehen. In den vergangenen Monaten war die PRD offensichtlich aus dem Untergrund heraus an der Bewegung beteiligt, hat hundertausende Flugblätter verteilt und stellt Forderungen wie jene nach Vergesellschaftung auf.

Die sozialistischen Kräfte in Indonesien sind noch schwach und stehen unter einem enormen Druck. Sie müssen nicht nur die Bewegung auf die ArbeiterInnen ausweiten und vorantreiben, sondern auch die bürgerlichen Führer wie Rais und Megawati demaskieren.

### **Die ArbeiterInnenbewegung**

Das Arbeitskräftepotential liegt in Indonesien bei rund 86 Millionen. Davon arbeiten etwa 15 % in der Industrie und im Erdölsektor, 35 % in der Dienstleistung und 50 % in der Landwirtschaft. In den letzten Jahrzehnten gibt es aufgrund der Industrialisierung eine starke Zunahme der IndustriearbeiterInnen-schaft. Anfang der 90er Jahre kam es zu einem Anstieg von Arbeitskämpfen, 1994 gab es insgesamt 1130 Streiks, das war ein Anstieg im Vergleich zu 1993 um 350 %. Hingegen gab es nur etwa 100 StudentInnendemonstrationen und 50 Aktionen von Bauern.

In Indonesien gibt es drei Gewerkschaften - eine legale Staats"gewerkschaft", die SPSI und zwei illegale, die SBSI, deren Vorsitzende Muchtar Pakpahan am 30 Juli 1996 verhaftet und ins Gefängnis geworfen wurde und die von den USA unterstützt wird, sowie die zur PRD gehörende PPBI, die 1994 eine Reihe von Arbeitskämpfen anführte und zehntausende ArbeiterInnen organisierte

### **Die Revolution hat erst begonnen**

Suhartos Ende geht Hand in Hand mit dem Ende der "Tigerstaaten", die bis vor einem Jahr den Kapitalismus als funktionierendes System präsentieren konnten. Suharto mußte gehen, aber die Krise des Kapitalismus ist nach wie vor allgegenwärtig für die Massen in Asien.

Angesichts einer Wirtschaft die in Trümmern liegt, haben sich die ArbeiterInnen bisher

machtlos gefühlt, ihr Schicksal zu beeinflussen. Auch die Erinnerungen an das Masaker von 1965 lag wie ein zentnerschweres Joch auf den Schultern der ArbeiterInnenklasse. Aber angesichts der immer offensichtlicheren Schwäche des „New Order“ Regimes und den Verlust seiner Gallionsfigur Suharto, kann sich die ArbeiterInnenklasse wieder selbstsicherer bewegen und beginnt, in den Kampf einzutreten. Mitte Mai kam es zu Streiks, die die Bewegung unterstützten, am 12. und 13. Mai traten hunderte Fahrer des öffentlichen Verkehrs in Bogor in den Ausstand, hunderte ArbeiterInnen in Bekasih und über Tausend in einer Kartonfabrik in Tangerang.

Wenn es in Indonesien zu demokratischen Reformen kommt, erleichtert das den ArbeiterInnen, Gewerkschaften und v.a. ArbeiterInnenparteien aufzubauen. Denn diese werden angesichts der tiefen ökonomischen Krise umso notwendiger sein, um soziale Verbesserungen zu erreichen. Sie müssen ihre eigenen Vertretungen aufbauen, die regional und national vernetzt werden. Nur wenn die ArbeiterInnenklasse die Wirtschaft selbst verwaltet und kontrolliert, wenn sie, und nicht eine Handvoll nationaler und internationaler Kapitalisten das Sagen hat wird sich an der Ausbeutung tatsächlich etwas ändern.

### Ost-Timor

1975 wird Ost-Timor von den Indonesischen Streitkräften besetzt, es gibt 200.000 Tote, das ist rund ein Viertel der Bevölkerung. Seither regiert das Militär blutig, jeder Widerstand blutig unterdrückt. Die wichtigste Befreiungsorganisation, die im Untergrund kämpft ist die FRETILIN. Die radikalsten unter den StudentInnen aber auch die PRD unterstützen den Befreiungskampf, sie treten nicht nur für ein Ende der Besetzung Ost-Timors ein, sondern „kämpft gemeinsam mit den Ost-Timoranern für das Recht, ihr Schicksal selbst zu bestimmen und unabhängig zu sein.“

Der Kampf der StudentInnen, ArbeiterInnen und der Armen in Indonesien hat nicht nur internationales Aufsehen erregt, sondern wird auch internationale Auswirkungen haben, denn die ArbeiterInnen der gesamten Region - in den Philippinen, in Südkorea und in Japan - schauen nach Indonesien. Es ist dies die erste Massenbewegung seit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten 1989 und das erste mal seit langem, daß in einer Bewegung

### Parlament und Parteien

Es gibt ein Abgeordnetenhaus mit 400 für fünf Jahre „gewählten“ und 100 vom Staatsoberhaupt ernannten Mitgliedern (darunter 75 Angehörige der Streitkräfte). Die Beratende Volksversammlung (MPR) mit 1000 Mitgliedern (darunter 500 Abgeordnete, 147 Vertreter der Provinzen, 253 von politischen Organisationen sowie vom Militärs entsandt) tritt alle fünf Jahre zusammen und wählt Präsident und Vizepräsident. Der Präsident hat umfassende Rechte, darunter Dekretrecht und ernennt die Minister. Es gibt drei legale Parteien, Suhartos Partei Golkar („Die Funktionalen Gruppen“), die PPP - Partai Persatuan Pembangunan („Vereinigte Fortschrittspartei“) und die PDI - Partai Demokrasi Indonesia (Demokratische Partei Indonesiens). Ursprünglich war Megawati Sukarnoputi Vorsitzende der PDI, sie wurde aber 1996 abgesetzt. In Folge gibt es de facto zwei PDI's, eine Marionetten-PDI von Suharto, und eine unabhängige, von Megawati.

**Ein Programm für den Kampf!**

- **Volle demokratische Rechte für alle!**
- **Das Recht für alle arbeitenden Menschen, die Unterdrückten und die Jugend, sich frei in Gewerkschaften, Parteien und anderen Organisationen zusammenschließen!**
- **Für demokratische Aktionskomitees in allen Bereichen! Diese müssen vernetzt werden, um die Basis für ein neues, wirklich demokratisches politisches System zu legen. Die arbeitenden Menschen, die Unterdrückten und die Jugend müssen ihre eigenen VertreterInnen wählen, die Wirtschaft und Gesellschaft verwalten können.**
- **Auflösung aller Repressionsinstrumente!**
- **Für das Recht auf Selbstbestimmung für alle Menschen in Indonesien!**
- **Nein zum imperialistischen IWF und zu seinen Programmen! Die Kapitalisten sollen ihre Geschäftsbücher öffnen und zeigen, wo das ganze Geld ist.**
- **Das Eigentum von Suharto, seiner Familie, der Banken und der 54 größten Unternehmen, die die Wirtschaft kontrollieren und die indonesischen Massen ausbeuten, soll vergesellschaftet und unter demokratische Kontrolle und Verwaltung gestellt werden.**
- **Für eine sozialistische Demokratie in Indonesien, die ein Beispiel für eine wirkliche Alternative zum Kapitalismus für die Jugendlichen und arbeitenden Menschen der ganzen Welt sein kann.**

„Vergesellschaftung“ gefordert wird.

Auch in den anderen Ländern der Region hat die Wirtschaftskrise voll zugschlagen und unzählige Opfer gefordert. Die Krise in Asien hat zwar ihre Auswirkungen auf die Weltwirtschaft noch nicht vollständig entfaltet, aber sie hat bereits den Beginn der Revolution in Indonesien entfacht.

In Indonesien existieren heute viele der „klas-

sischen“ Zutaten einer Revolution, eine kämpferische Jugend, breite Schichten der Bevölkerung die sich am Aufstand beteiligen, eine ArbeiterInnenklasse, die in den Kampf eingetreten ist und nicht zuletzt die Krise und die Spaltungen in der herrschenden Klasse, die zwischen Konzessionen und Repression schwankt. Nun gilt es mit diesen Zutaten den Kuchen der Revolution fertigzubacken!

## Eine blutige Geschichte

Indonesien hat eine bewegte Geschichte, in der die ArbeiterInnenbewegung eine zentrale Rolle einnimmt. Bis Mitte dieses Jahrhunderts ist Indonesien holländische Kolonie, die linken Kräfte sind daher auch und vor allem im nationalen Unabhängigkeitskampf aktiv. Die bereits 1920 gegründete Kommunistische Partei (Partai Komunis Indonesia - PKI ist die erste in Asien.

Ein Aufstandsversuch 1926/27 wird blutig niedergeschlagen, die PKI verboten. 1942 besetzen die Japaner Indonesien. Die nationalistischen Kräfte, darunter sowohl der spätere Präsident Sukarno als auch der spätere Diktator Suharto, setzen im Kampf gegen die die holländischen Kolonialherren sogar auf Zusammenarbeit mit den Japanern. Am 17. August 1945 wird von Sukarno, dem ersten Präsidenten, die Republik Indonesien ausgerufen. Die Unabhängigkeit wird nicht akzeptiert und in Folge von niederländischen und britischen Truppen blutig bekämpft. Erst 1949 wird die Unabhängigkeit erreicht.

Die PKI folgt der stalinistischen Taktik und Strategie der Komintern (hier sei besonders die „Etappentheorie“ erwähnt), was für die indonesischen KommunistInnen letztlich verheerende Auswirkungen hat. Die Führung des Unabhängig-

igkeitskampfes wird den Bürgerlichen überlassen. Forderungen für die ArbeiterInnen und armen Bauern werden zugunsten von „nationalen Interessen“ hinten an gestellt. Aidit, Führer der PKI, stellte Mitte der 50er, als er die Fehler der PKI im Unabhängigkeitskampf analysierte fest: „Das war der erste Fehler: Wir haben unterlassen, die Partei zu legalisieren und die Revolution anzuführen.“ Im September 1948 versucht die PKI wieder putschartig an die Macht zu kommen, und wird wieder, wie schon 1926/27, blutig zurückgeschlagen, fast die gesamte Führung der PKI wird ermordet. Die Massen können der Politik der PKI - zuerst ist der Sozialismus in weite Ferne gerückt, dann soll er plötzlich über Nacht mittels eines Umsturzes installiert werden, nicht folgen.

Präsident Sukarno verabschiedet 1945 eine Verfassung und die Staatsphilosophie Pancasila, die die verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen einen soll, aber auch die politische Passivität zur Bürgerpflicht erhebt. Auf dieser Grundlage verkündet er 1957 seine Konzeption einer „gelenkten Demokratie“, in der Parteien und Parlament an Bedeutung verlieren und sich alle Macht beim Präsidenten konzentriert. Sukarno hat zwar große Unterstützung in der Bevölkerung lebt aber in unvorstellbarem Luxus. Er spielt die Rolle eines klassischen Bonapartisten - er laviert

### Suhartos Reichtum

Suharto, der 1921 auf dem Land geboren wird, ist heute einer der 10 reichsten Männern der Welt. Das US-Wirtschaftsmagazin Forbes schätzt sein Vermögen auf 16 Milliarden Dollar. Der ganze Familienclan zusammen besitzt etwa 46 Milliarden Dollar, das entspricht etwa 50 % des gesamten Bruttonationalproduktes (BNP) Indonesiens. Seine sechs Kinder besitzen unzählige Unternehmen mit zigtausenden Beschäftigten, der Clan und seine Freunde (Indonesien ist geprägt von einer extremen Vetternwirtschaft) kontrollieren die Schlüssel- und Exportindustrien, wichtige Industriezweige wie die Auto- und Chemieindustrie, Bauprojekte, die Mautstraßen und den Banksektor. Aber auch ausländische Kapitalisten haben gerne Geschäfte mit Suharto gemacht, darunter: General Electric, Hughes Electronics, Lucent Technologies, Hyatt Hotels (USA), Siemens, Deutsche Telekom (Deutschland), Sumitomo, NEC, Kia Motors (Südkorea)...

zwischen den politischen Kräften. Auf der einen Seite steht das Militär, auf der anderen die seit Anfang der 50er Jahre wieder stärker werdende PKI. 1965 hat sie 3,5 Millionen Mitglieder, 20 Millionen in Vorfeldorganisationen, und ist die drittstärkste KP der Welt. Aber die PKI hat aus der Geschichte (v.a. jener der chinesischen KP) nichts gelernt und unterstützt Sukarno, anstatt für ein sozialistisches Indonesien zu kämpfen.

Am 30. September 1965 werden unter dubiosen Umständen 6 Generäle ermordet. Unter dem Vorwand, es handle sich um einen Putschversuch der PKI, übernimmt das Militär unter General Suharto die Macht. Die PKI, alle ihre Vorfeldorganisationen, sowie andere linke Organisationen und sozialistische/kommunistische Ideen an sich werden verboten, es folgt ein jahrelanges Gemetzel, bei dem bis zu 1,5 Millionen Menschen ermordet werden. Zehntausende werden für Jahre oder gar Jahrzehnte hinter Gitter gebracht.

Suharto wird Präsident, errichtet sein „New Order“ Regime und bleibt die nächsten 32 Jahre an der Macht. Parlament, Repräsentantenhaus und die "Beratende Volksversammlung" sind Marionetten von Suharto, neben der Staatspartei Golkar sind nur noch zwei nicht wirklich unabhängige Parteien zugelassen, freie Gewerkschaften sind verboten, aber selbst die Staatsgewerkschaft SPSI ist nicht in allen Betrieben vertreten. Die Macht liegt beim Präsidenten und dem Militär, das offiziell eine Doppelfunktion (militärisch und politisch) hat. Im März 1998 läßt sich Suharto zum siebenten Mal (jedesmal ohne Gegenkandidat) wieder zum Präsidenten wählen. Suhartos Macht beruht auf einer Militärmaschine, die vom Westen ausgerüstet wird. Dieser unterstützt sein Regime als strategisches Bollwerk westlich-imperialistischer Interessen.

In den 70er Jahren sieht sich Suharto wach-

sendem Widerstand gegenüber, 1973/74 sowie 1978 kommt es zu massiven StudentInnen-demonstrationen, die soziale Basis dafür sind Teile der „Intelligenz“ und der Bourgeoisie. In den 80er Jahren, als Folge der fortschreitenden Industrialisierung, bilden sich Basisorganisationen der ArbeiterInnen. Es kommt zu Streiks für bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen und es gibt Versuche, unabhängige Gewerkschaften zu gründen. Mit der Gründung der PRD 1994 gibt es erstmals wieder eine breite, linke Organisation, die verschiedene Gesellschaftsschichten vereinigt.

Im Juni 1996 wird Megawati, die Vorsitzende der PDI, die im Parlament eine gewisse Oppositionsrolle spielt und für demokratische Reformen eintritt, durch einen parteiinternen, vom Militär gelenkten, Putsch abgesetzt. Am 20. Juni 1996 kommt es bei Solidaritätsdemonstrationen für die PDI in Jakarta zu blutigen Zusammenstößen, am 27. Juli 1996 stürmt die Polizei die von PDI-AnhängerInnen besetzte Parteizentrale. Darauf gibt es in der Hauptstadt bis Ende Juli 1996 die schwersten Unruhen seit 20 Jahren, zahlreiche Festnahmen, Tote und Verschwundene. Die PRD, die sich an der Verteidigung der PDI-Zentrale beteiligt hat, muß in den Untergrund gehen.

Im Juni 1997 bricht in Folge der Asiatischen Krise die Wirtschaft zusammen, aufgrund der enormen sozialen Folgen und der anwachsenden Proteste muß Suharto schließlich am 20. Mai 1998 zurücktreten.



## Welche Revolution?

### Die permanente Revolution!

In der Geschichte gibt es eine Reihe fehlgeschlagener Revolutionen und nur wenige erfolgreiche. Als MarxistInnen versuchen wir, daraus unsere Lehren zu ziehen. Natürlich hat jedes Land, jede Revolution ihre unvergleichbaren Besonderheiten, aber es gibt auch allgemein gültige Gesetzmäßigkeiten. Um tatsächlich ein Ende von Ausbeutung und Unterdrückung in Indonesien zu erreichen, ist es notwendig, die revolutionäre Praxis mit der marxistischen Theorie zu verknüpfen und aus der Geschichte zu lernen.

Einigkeit herrscht weitgehend darüber, daß Suharto und sein Clan gestürzt werden und seine Diktatur beendet werden soll. Über das danach gehen die Ansichten innerhalb der Opposition aber weit auseinander. Einerseits gibt es die Vertreter einer prokapitalistischen Linie; sie wollen ein kapitalistisches Indonesien, in dem ein „gesunder“ Kapitalismus herrscht. Über die Frage von demokratischen Rechten sind sie sich nicht einig, aber auch jene, die solche zugestehen wollen, meinen maximal einen halbherzigen bürgerlichen Parlamentarismus und keine wirkliche Selbstbestimmung der arbeitenden Menschen. Länder wie Südkorea oder die Philippinen zeigen, daß es trotz politischer Veränderungen keine wirkliche Demokratie gibt. An der wirtschaftlichen Ausbeutung an sich wollen sie ohnehin nichts ändern.

Andererseits gibt es die Linken, die nicht nur demokratische Rechte wollen, sondern einen Sturz des Kapitalismus. Wie aber soll daß erreicht werden? Der scheinbar leichtere Weg ist eine erfolgreiche bürgerliche Revolution

gemeinsam mit den „fortschrittlichen“ Kräften des Bürgertums (Megawati, Rais), dann Mobilisierung und Organisation der ArbeiterInnenklasse und dann eine sozialistische Revolution. Diesen Vorschlag nennt man auch „Etappentheorie“. Sie wurde in den 30er Jahren von den Stalinisten „erfunden“ und wird bis heute von ihnen vertreten. In der Vergangenheit ist die Umsetzung dieser Theorie nicht nur nicht erfolgreich gewesen, sondern hat in verschiedenen Ländern - China 1927, Chile 1973 - zu einer blutigen Niederlage der Revolution und zum Triumph reaktionärer Kräfte geführt.

#### Leo Trotzki:

„In bezug auf die Länder mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung, insbesondere auf die kolonialen und halbkolonialen Länder, bedeutet die Theorie der permanenten Revolution, daß die volle und wirkliche Lösung ihrer demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernmassen.“

Demgegenüber steht die „Theorie der Permanenten Revolution“, die Anfang dieses Jahrhunderts von Leo Trotzki entwickelt wurde. Trotzki geht davon aus, daß für wirtschaftlich zurückgebliebene Länder (sogenannte „3. Welt-Länder“) der Weg zur Demokratie nur über den Weg einer sozialistischen Revolution führen kann. Denn in diesen Ländern gibt es kein unabhängiges Bürgertum, das eine bürgerliche Revolution, mit allen ihren Errungenschaften (Landreform, Rede- und Versammlungsfreiheit...), durchführen will. Würden Megawati oder Rais in Indonesien nun an die Macht kommen, so wären sie vom

Militär und/oder vom IWF abhängig. Beide sind mit der wirtschaftlich herrschenden Schicht eng verbunden und haben keinerlei Interesse an z.B. einer Landreform. Demokratische Zugeständnisse könnten sie nur in einem sehr beschränkten Maße machen, da diese sofort das herrschende, kapitalistische System in Frage stellen würde.

Politische Veränderungen in anderen Ländern wie Südkorea und den Philippinen haben gezeigt, daß die „demokratische Revolution“ allein nicht einmal wirkliche demokratische Rechte bringt, geschweige denn die sozialen Probleme löst. In beiden Ländern gibt es immer noch tausende politische Gefangene und nach dem Sturz der jeweiligen Diktatoren wurden der „Demokratie“ enge Fesseln angelegt.

In Indonesien geht es nicht nur darum, in freien, demokratischen Wahlen stimmen zu dürfen, obwohl diese Rechte natürlich von all jenen, die an diesem Kampf teilnehmen gefordert werden müssen. Es geht darum, einen erfolgreichen Kampf für eine wirkliche Veränderung der Gesellschaft zu legen.

Wirkliche demokratische Rechte können also nur Hand in Hand mit einer sozialistischen Revolution erreicht werden, die nicht nur einen Repräsentanten des Kapitalismus - Suharto - stürzt, sondern das System an sich beseitigt.

### **Für ein Übergangsprogramm**

„Sozialismus“ ist in Indonesien ein „Un-Wort“, es gibt kein breites sozialistisches Bewußtsein - wie also soll also eine sozialistische Revolution möglich werden, wenn sie kein Putsch einer kleinen Minderheit sein soll? Die unterdrückten und ausgebeuteten Menschen in Indonesien - die ArbeiterInnen, die Armen in den Städten und auf dem Land - haben in den letzten Monaten den Kampf der StudentInnen mit Sympathie verfolgt und

haben sich diesem in den letzten Wochen auch aktiv angeschlossen. Sie haben einige Forderungen - Weg mit Suharto, Reduzierung der Preise - die aber keineswegs „sozialistischer“ Natur sind. Die Aufgabe von MarxistInnen ist es nun, Programme zu entwickeln, die bei den unmittelbaren Bedürfnissen der Menschen ansetzen und eine Brücke schlagen zu einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung. Ein solches Programm nennen MarxistInnen „Übergangsprogramm“.

#### **Leo Trotzki**

„Dabei ist während einer Revolution die Entwicklung des Bewußtseins einer Klasse der dynamischste Prozeß, der direkt den Verlauf der Revolution bestimmt.“

Es reicht natürlich nicht, einmal so ein Programm zu erstellen, und das war es dann. Es muß ständig überarbeitet und an das Bewußtsein der Bewegung angepaßt werden. Denn das Bewußtsein verändert sich in einem solchen Prozeß sprunghaft.

Ein Übergangsprogramm muß eine Diskussionsgrundlage sein anhand derer erklärt werden kann, warum der Kapitalismus an sich gestürzt werden muß und wie eine neue Gesellschaft errichtet werden kann.

### **Die ArbeiterInnenklasse und die revolutionäre Partei**

Eine sozialistische Revolution ist kein Putsch, sie wird nicht von einer handvoll schwerbewaffneter Kader durchgeführt, sondern von der Mehrheit der aktiven Bevölkerung mitgetragen. Verschiedene Teile der Unterdrückten und Ausgebeuteten müssen sich daran beteiligen - wie die Kleinbauern und Landarbeiter und die Armen am Land und in den Städten. Aber

primär die ArbeiterInnenklasse hat Erfahrung mit kollektivem Arbeiten und mit der Notwendigkeit, sich zu organisieren.

Sie kann als revolutionäre Klasse in einer sozialistischen Revolution eine führende Rolle spielen. Auch in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern ist die ArbeiterInnenklasse heute eine zahlenmäßig starke Kraft, in Indonesien sind das 30-40 Millionen Menschen (15-20 % der Bevölkerung). Um die ArbeiterInnenklasse in diesem Kampf zu organisieren und zu zum Sieg zu führen, um aus einer Revolte eine siegreiche Revolution zu machen, braucht es noch den „subjektiven Faktor“, also die revolutionäre Partei - eine Organisation, die analysiert und erklärt was geschieht, die Lehren aus der Vergangenheit zieht, an der Spitze des Kampfes steht und die tagtäglichen Forderungen und Schritte mit einer sozialistischen Perspektive verknüpft.

**Victor Serge meint dazu in seiner Analyse der Klassenkämpfe in der chinesischen Revolution von 1927**

„Nur das Proletariat ist, aufgrund seiner Konzentration, seiner einigermaßen einheitlichen Lebensbedingungen, seiner Homogenität und weil ihm organisierte Kämpfe aufgezwungen werden, fähig, sich zu anderen Bewußtseinsformen als denen seiner Herren aufzuschwingen und so neue Elemente des gesellschaftlichen Bewußtseins einzuführen.“

# Was will die SAV ?

Die Sozialistische Alternative organisiert Gegenwehr gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für Solidarität, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer.

Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt Sozialismus, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken. Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden.

Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Es tut sich nichts, außer wir tun es!

**VORAN lesen und aktiv werden!**

- zehn Ausgaben zu 25 DM
- zusätzlich \_\_\_\_ Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission, Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu \_\_ DM (ab 50 DM)
- ich möchte weitere Informationen über Eure Arbeit.
- ich möchte Mitglied der SAV werden.

Wir melden uns bei Dir und geben Deine Adresse an die nächstgelegene Ortsgruppe der SAV weiter.

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

Abgeben am SAV-Stand, bei Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an:

**Sozialistische Alternative, Hansaring 4, 50670 Köln**

**Infotelefon (02 21) 13 45 04, Fax (02 21) 13 72 80**